



Zwischen den Fronten.

MEMORIAL Deutschland beteiligt sich an einer vom DRA koordinierten internationalen Beobachtermission in der Ostukraine.

Von MARIT CREMER

Granatsplitter aus dem Gemüsegarten



Luhansker Gebiet im September 2015

Während Westeuropa mit Quoten die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und Eritrea zu regeln versucht, nimmt die Krise im Osten der Ukraine ihren stillen Verlauf. Anderthalb Millionen Binnenflüchtlinge suchen eine sichere Bleibe, dazu etwas, das sie ernährt. Perspektive ist hier ein zu großes Wort. Seit der vereinbarten Waffenruhe zum Schulbeginn am 1. September sind Schüsse tatsächlich fast nur noch von Übungsplätzen her zu hören. Die Anspannung in den frontnahen Gebieten entlang der Grenze zur sog. Luhansker Volksrepublik (LVR) steht Bewohnern und Streitkräften jedoch auch in diesen Tagen ins Gesicht geschrieben und ist an jedem Checkpoint überdeutlich zu spüren. Viele der Siedlungen und Dörfer entlang der Demarkationslinie erleben seit anderthalb Jahren permanenten Beschuss. Manche Tage fallen aufgrund der Heftigkeit der Kämpfe aus den gewohnten Scharmützeln heraus und werden mit Datum erinnert. Die letzten fanden am 23.08. unmittelbar vor dem ukrainischen Unabhängigkeitstag statt. Waffenruhe? Die ist nicht die erste und warum soll ausgerechnet diese halten? Keine Grundlage, Entwarnung zu geben und die Hab-acht-Stellung zu verlassen.



Haus in Zolotoe, September 2015

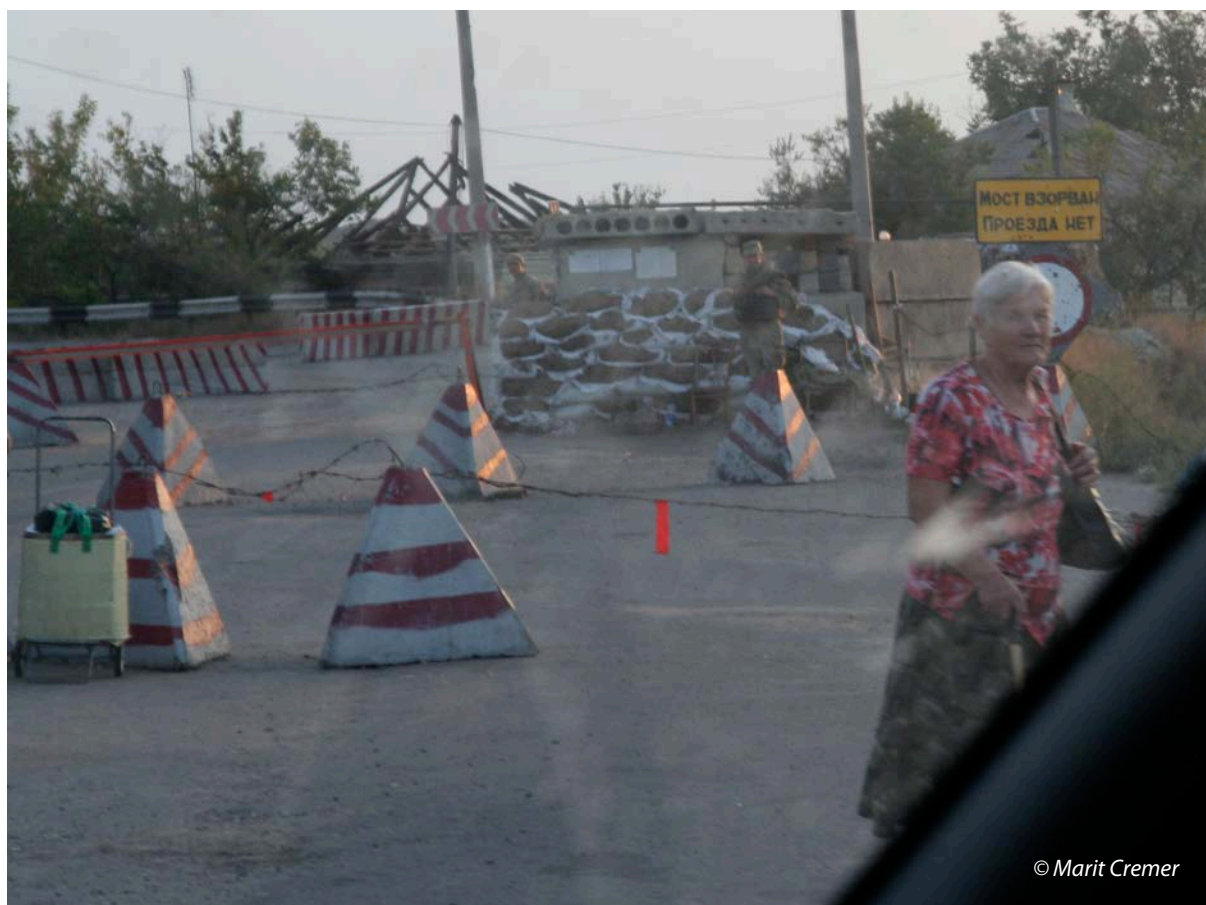
© Marit Cremer

Zolotoe – die Goldene - die Ortsnamen in dieser Gegend wollen oft so gar nicht zum ärmlichen Erscheinungsbild passen. Ein ukrainischer Menschenrechtsaktivist in unserer Beobachtermission kommentiert diesen Fakt mit den Worten: Je abweisender eine Ortschaft, desto poetischer ihr Name. Zolotoe ist ein Konglomerat aus fünf im 19. Jahrhundert um Kohleminen herum entstandenen Siedlungen, die durchnummeriert zu einer Verwaltungseinheit mit insgesamt etwa 14.000 Einwohnern zusammengefasst wurden. Die Zolotoe eins bis vier liegen auf ukrainisch kontrolliertem Gebiet, Zolotoe fünf ist bereits Teil der sog. Luhansker Volkrepublik. Über die Frontlinie hinweg huschen täglich bis zu vierhundert Fußgänger, beladen mit großen Taschen voll Allerlei. Angesprochen auf ihr riskantes Tun eilen sie nur noch schneller den Pfad Richtung Separatistengebiet entlang. Eine junge Frau, die sich schließlich als Freiwillige einer humanitären Organisation outet, gibt im Weitergehen und hinter vorgehaltener Hand Auskunft: sie bringe ihrer Mutter, die sie seit Monaten nicht gesehen hat und die „auf der anderen Seite“ lebt, Gemüse und Obst aus dem Garten. Der Frontverlauf hat Familien und Ökonomien geteilt. Ob man hüben oder drüben wohnt, ist vor allem eine Frage des Wohnraums. Während die einen zwar eine Wohnung, aber keinen Job haben, weil der nun drüben und unerreichbar ist oder die Betriebe stillgelegt sind, leben die anderen in den Resten ihres zerstörten Hauses, aber könnten mit den Erträgen aus ihren Gemüsegärten die Verwandten auf der anderen Seite miternähren. Die Lebenshaltungskosten in der isolierten sog. LVR sind drei bis vier Mal höher, auch daraus erklärt sich der Drang des hochriskanten Lebensmitteltransfers über die grüne Grenze.



Zolotoe, September 2015

Ganz ähnlich stellt sich die Situation in der Kreisstadt Stanica Luhanska dar, ebenfalls direkt an der Grenze zur sog. LVR und einen Steinwurf von Luhansk entfernt. Vor dem Krieg lebten hier etwa 15.000 Einwohner, bei einer Zählung Mitte August registrierte das Internationale Rote Kreuz noch 7.200. Wegen des häufigen Beschusses leben kaum Binnenflüchtlinge hier. Zu Friedenszeiten versorgten die Bewohner aus dem ländlichen Umkreis von Luhansk die Stadt mit ihren Erträgen aus der Landwirtschaft. Während in diesem Jahr die Erdbeerernte noch zu Geld gemacht werden konnte, ist Kürbissen, Tomaten und Weintrauben der Weg durch die inzwischen vollständig geschlossene Grenze verwehrt. Damit ist für viele die einzige Einkommensquelle verloren gegangen. Wie in Krisenzeiten üblich, haben ein paar Zwischenhändler ihre Chance erkannt und kaufen den Landwirten ihre schnell verderblichen Waren zu Dumpingpreisen ab, um sie über Schlaglochpisten und durch Dutzende Checkpoints hindurch auf den Markt ins 130 Kilometer entfernte Severodonetsk zu bringen. Die Stadt ist das neue Verwaltungszentrum, sämtliche Behörden und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen sind hierher umgezogen, nachdem Luhansk von Separatisten eingenommen wurde. Allabendlich bei Einbruch der Dunkelheit lässt sich jedoch in Stanica Luhanska an der halb zerstörten Brücke, die zur sog. LVR führt, ein seltsames Schauspiel beobachten. Dutzende Frauen, Kinder und alte Menschen warten mit großen Taschen darauf, von den ukrainischen Grenzern zu Fuß über die Brücke auf die andere Seite gelassen zu werden. Der Weg ist gefährlich, die Grenzer wollen die Verantwortung nicht übernehmen, denn immer wieder gibt es Tote durch Minen und Scharfschützen. Aus Mitleid lassen sie Wartende, die zu ihren Verwandten und ihren Wohnungen drängen, dann und wann hinüber. Die Schließung des Grenzübergangs im Sommer hatte ihren Sinn darin, dass der Transfer von Waffen und Kämpfern zwischen den Gebieten unterbunden werden sollte. Wenn die Grenzer im Angesicht von bittenden Mütterchen dennoch immer mal ein Auge zudrücken, gehen sie auch das Risiko von Anschlägen ein.



„Brücke gesprengt. Kein Durchgang.“, Stanica Luhanska

Als derzeit größtes Problem bezeichnet die Stadtverwaltung von Stanica Luhanska die Desinformation der Bevölkerung in den frontnahen und besetzten Gebieten durch das Russische Fernsehen. Polen hatte zu Beginn der Annexion der Krim Sendemasten und –anlagen für die Ostukraine zur Verfügung gestellt, um dort ukrainisches Fernsehen zu installieren. Ein Jahr später liegt die gespendete technische Ausrüstung noch immer im Zoll. Bis heute hat es die Ukraine nicht vermocht, der übermächtigen russischen Einflussnahme im Osten des Landes ein eigenes flächendeckendes Informationsprogramm entgegenzusetzen. Das wenige Vertrauen in ihre Institutionen setzt sie überdies aufs Spiel, indem sie bei Fehltreffern der ukrainischen Armee ihre Verantwortung dafür abstreitet. So geschehen bei einem Luftangriff vor einem Jahr auf die Polizeistation von Stanica Luhanska, in der sich angeblich Separatisten aufhielten. Die waren längst weitergezogen. Getroffen wurden stattdessen Dutzende Zivilisten und Polizisten.

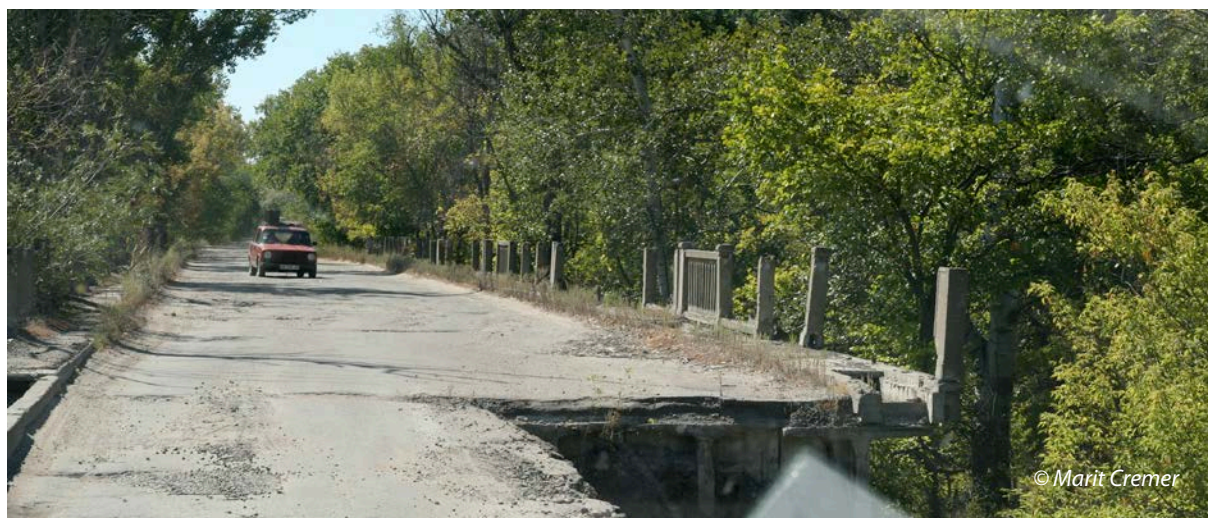


Stanica Luhanska, Schevtschenkostraße

Die Hügel, die vom Fenster der Stadtverwaltung her zu sehen sind, gehören schon zur sog. LVR. Ein schnelles Foto, dann wird die Gardine wegen möglicher Scharfschützen wieder zugezogen. Der Zusatz „sogenannte“ wird niemals, auch nicht aus Bequemlichkeit, weggelassen. Prinzipien sind ein tragendes Element in dieser Auseinandersetzung. Auf T-Shirts, Panzersperren, Werbetafeln liest man Slogans wie „Donbass – das ist die Ukraine!“ oder „Von Tschop bis Luhansk – vereinigte Ukraine!“ Tschop liegt im äußersten Westen der Ukraine an der Grenze zu Ungarn, Luhansk ganz im Osten an der Grenze zu Russland. Die von Separatisten und Russland okkupierten Territorien werden nicht als verloren akzeptiert. Vergleichbar der Berliner Mauer wurde hier eine Sperre mitten durch Familien hindurch gezogen. Die meisten Männer im wehrfähigen Alter sind abgetaucht, denn eine Einberufung hätte zur Folge, dass sie auf ihre Verwandten schießen müssten.

Obendrein ist ein Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung in die westlicher gelegenen Städte, wie Charkiw, Saparoshje oder Kiew abgewandert. Dort werden Fachkräfte gern genommen. Geblieben sind Rentner und mittellose Familien, die sich mit humanitärer Hilfe vom Internationalen Roten Kreuz oder von ukrainischen Hilfsorganisationen über Wasser halten. Die ehemals dreißig Unternehmen im Umkreis, deren Produktion zu einem wesentlichen Teil nach Luhansk ging, haben ihren Betrieb wegen des weggebrochenen Absatzmarktes eingestellt. Den Fischbetrieben fehlte die Wasserzufuhr, der Weizen ist beim Beschuss verbrannt, Felder konnten wegen Minen nicht rechtzeitig bestellt oder abgeerntet werden.

In dieser Ausnahmesituation ist die Stadtverwaltung bemüht, die Schwächsten der Hierarchie mit überschaubaren Mitteln aus ihrem im Vergleich zur Vorkriegszeit auf die Hälfte geschrumpften Etat zu unterstützen. Kompensationsleistungen gibt es allerdings nur für die Außenschäden am kommunalen Wohnraum. Die vielen Dorfbewohner, die durch den Beschuss ihre Eigenheime verloren haben, bekommen vom Staat keinerlei Entschädigung. Sie leben nun in feuchten Schuppen oder Lagerräumen, die auf ihrem Grundstück die Angriffe überstanden haben oder sind bei Verwandten untergekommen. Mancherorts liegen Dachlatten, Ziegel oder Fensterglass im Hof, ausgegeben vom Norwegian Refugee Council. Kaum ein Fensterrahmen, der nicht ersatzweise mit Folie oder Pappe verschlossen ist. Von Granatsplittern durchsiebte Eingangstore, eingestürzte Dächer, herabhängende Decken, Bombentrichter im Gemüsebeet – die Spuren des Krieges sind allgegenwärtig. Fragt man, von wo der Beschuss kam, zeigen die meisten Anwohner in alle Richtungen: es krachte, dröhnte und prasselte von allen Seiten. Von politischen Aussagen halten sich die allermeisten zurück, zu groß ist die Angst vor Repressalien, denn niemand weiß, wer morgen über dieses Stück Land herrscht.



Durch Beschuss beschädigte Brücke

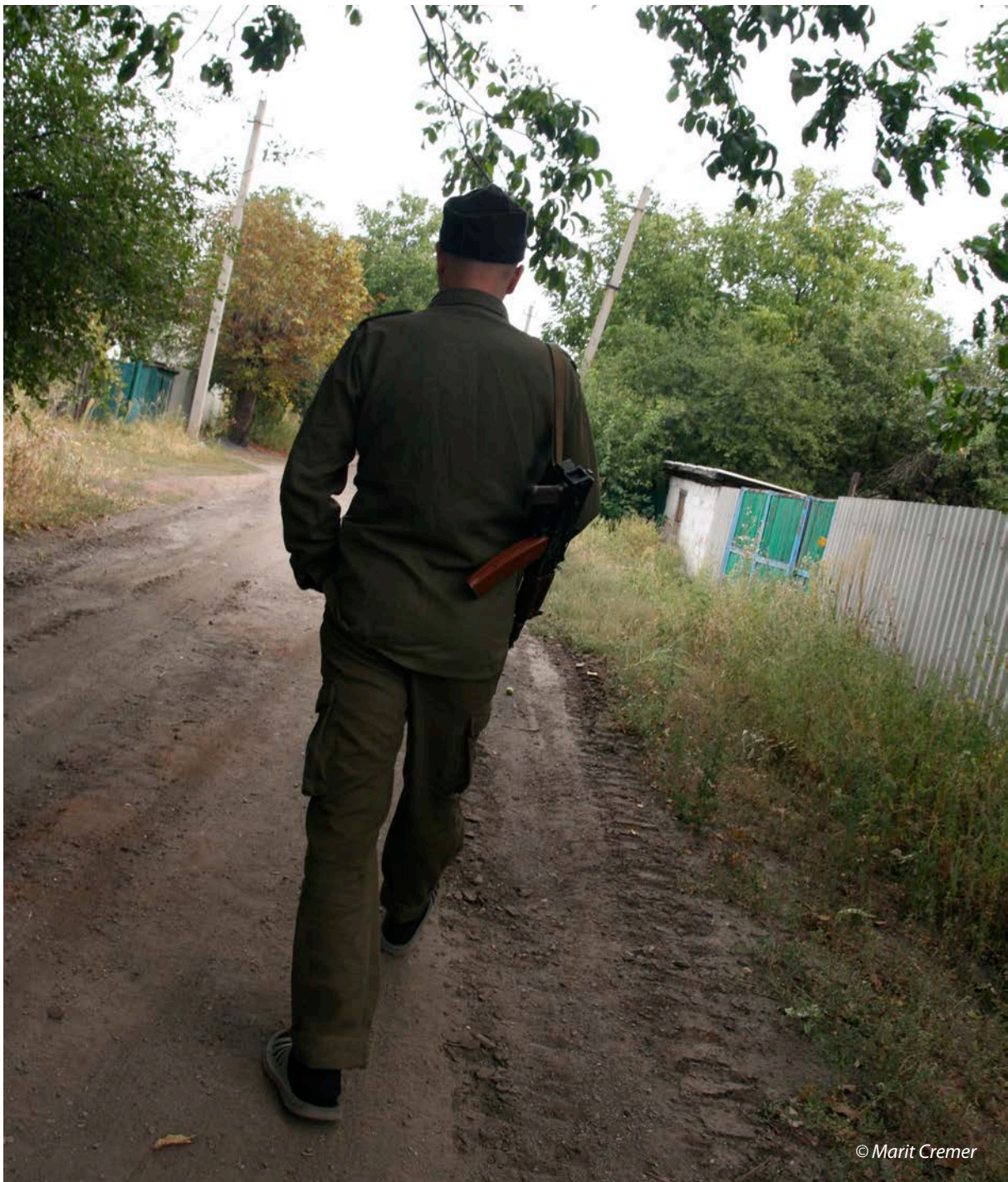
An der Staatsgrenze zu Russland allerdings sind sich die Bewohner mehrerer Dörfer allesamt einig: im Sommer 2014 kam der Beschuss aus Mehrfachraketenwerfersystemen, mit Minenwerfern und Artillerie von drüben, vom russischen Territorium aus, traf unzählige Wohnhäuser im unmittelbaren Grenzgebiet, und flog darüber hinaus auch in entferntere Ortschaften. Ein Anwohner führt uns zu einer im Wald liegenden 122 mm Haubitze, die jederzeit explodieren könnte. Auf die Frage, warum sie nicht entschärft würde, antwortet ein Grenzsoldat, dass die Entschärfer ja auch Familie hätten. Hier sollten wir übrigens wegen der Minen keinen Meter weiter gehen. In diesem Dorf allein hat es inzwischen drei Minenopfer gegeben: Onkel Wasska trat auf eine, als er Holz für den Winter aus dem Wald holen wollte, nachdem seine Vorräte bei einem Angriff verbrannten, Onkel Petja lief beim Angeln trotz Warnung am Flußufer auf eine Mine und Tante Schura starb bei einem Ausflug über die grüne Grenze nach Russland. Die Kennzeichnung der Minenfelder geschieht zynischerweise überwiegend durch Opfer, nicht durch Schilder. Auch Soldaten finden den Tod durch Minen, weil die Weitergabe der Informationen über Verminungen von den abziehenden Truppen an die neuen nicht funktioniert.

Während der Hahn sein Hühnervolk zwischen den Bäumen im Stützpunkt nahe der russischen Staatsgrenze dauerkrähend in Schach hält, werden wir zu Soldatensuppe eingeladen. Wir sollen in den Topf schauen und uns davon überzeugen, dass sie keine Kinder, sondern ein Huhn kochen. Die russische Propaganda verbreitet ausgiebig Gräuelmärchen von ukrainischen Faschisten, die Kinder kreuzigen oder fressen. Die Verunsicherung gelingt: als die Stadtverwaltung von Stanica Luhanska in diesem Sommer mit Hilfe von einheimischen Sponsoren kostenlose Ferien für Kinder aus der Frontstadt in der Westukraine organisierte, fanden sich zunächst nur vereinzelt Eltern, die ihre Kinder „der Gefahr unter Faschisten“ aussetzen wollten. Als diese Kinder dann auch die nächsten drei Wochen noch dortbleiben wollten, lief das Verschickungsprogramm dann doch noch richtig an.



Luftschutzkeller in Zolotoe

Die Stimmung unter den Grenzern ist verhalten. Die meisten von ihnen sind Freiwillige und im zivilen Leben Lehrer, Fahrer oder Bergarbeiter. „Wenn der Russe will, kann er uns jederzeit spielend platt machen. Wir sind ein Welpen, der dem Dobermann gegenüber steht.“ Wie sich das anfühlt und woher sie die Motivation zum Dienst nehmen? „Es gibt eine Pflicht. Wir sind alle Ukrainer und sprechen Russisch und Ukrainisch gleichermaßen, die Sprache ist keine Barriere und trennt uns nicht.“ Der Konflikt sei durch die russische Propaganda erst aufgebaut worden, 24 Stunden täglich Gehirnwäsche, irgendwann glauben die Leute halt dran. Da haben Geheimdienste ganze Arbeit geleistet. Wenn der Krieg der Ideologien schon im geteilten Deutschland funktioniert hätte, wo Verwandte auch auf beiden Seiten der Grenze lebten, warum sollte das hier nicht ebenfalls möglich sein? Der Frage, wie der Konflikt gelöst werden könnte, folgen Schweigen und Blicke ins Leere.



© Marit Cremer

Grenzer in Zolotoe

Im weinumrankten Hof einer Abgeordneten von Zolotoe stellen wir die heikle Frage nach dem Referendum im Mai 2014. Damals war die Euphorie nach einem Anschluss der Ostukraine an Russland offenbar groß. Neurussland! Bis heute sind die selbsternannten Volksrepubliken Luhansk und Donetsk weder vom Kreml als unabhängige Staatsgebilde anerkannt noch, wie die Krim, dem russischen Territorium angeschlossen worden. Entsprechend ernüchtert wirken diejenigen, die doch wohl für eine Unabhängigkeit von Kiew gestimmt haben. Ihre Namen wollen sie nicht in der Zeitung lesen: „Wenn Ihr geht, werde ich festgenommen, weil ich Euch ein Interview gegeben habe.“ Aus einer Jubiläumsausgabe der Stadtchronik zitiert die Abgeordnete anrührende Geschichten selbstloser Funktionäre für die Entwicklung ihrer Stadt. Zweifellos wird hier das Hohelied auf



Im Dorf Trjochizbenka

die guten alten Sowjetzeiten gesungen, als Bildungswesen und medizinische Versorgung noch kostenlos in Anspruch genommen werden konnten und die Rente einen auskömmlichen Ruhestand garantierte. „Leben Sie hier mal für fünfzig Euro im Monat. Bitteschön, ich stelle Ihnen gern für ein Vierteljahr ein Bett in meinem Haus zur Verfügung. Probieren Sie's aus!“ Das Referendum hätten zwei Männer organisiert, deren Namen sie beim besten Willen nicht erinnern kann und die eines Tages im Stadtparlament aufgetaucht seien. Demokratisch, fair, unabhängig? Begriffe, die an diesem Tisch wegrutschen, wie zweieinhalb Jahrzehnte unabhängige Ukraine. Der erträumte Wiederanschluss an eine Sowjetunion, in der man seine schönsten Jahre verlebt hat – und deren Verlust man partout nicht anerkennen will - ist gescheitert. Stattdessen hat sich zur Mühsal der selbstverantwortlichen Versorgung im Kapitalismus nun noch ein Krieg hinzugesellt, der den Osten des Landes in seiner Entwicklung nur noch weiter zurückwirft. Die Bevölkerung ist ausgespielt worden in einem Machtkampf, den Russland mit Propaganda und Kriegsgerät gegen allzu westliche Werte vor seiner Haustür vom Zaun gebrochen hat. Die Angst des Kreml vor einem Überschwappen der ukrainischen Majdanbewegung, die gegen Korruption im Land und für eine proeuropäische Entwicklung eintritt, ist so groß, dass Kriegstreiberei im russischen „Vorhof“ zum adäquaten Mittel der Wahl wird. Der Majdan muss, wie sich ein Abgeordneter aus einem Dorf im Grenzgebiet zu Russland ereifert, „weggeräumt“ werden. Die Bewohner der frontnahen Gebiete und anderthalb Millionen Binnenvertriebene dürfen derweil schauen, wie sie über den nahenden Winter kommen.

An der vom Deutsch-Russischen Austausch (DRA) koordinierten Beobachtermission nahmen acht ukrainische, russische, deutsche, polnische und weißrussische NGO's teil. Unterstützt wurde das Monitoring vom Auswärtigen Amt Deutschland.



www.memorial.de
www.facebook.com/memorial.deutschland
info@memorial.de
Tel.: 030 / 83 229 414

Spenden-Konto
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE96100205000003320000
BIC: BFSWDE33BER